



Hanseatisches Oberlandesgericht in Bremen

Geschäftszeichen: 1 U 8/18 = 4 O 1946/16 Landgericht Bremen

B e s c h l u s s

In dem Rechtsstreit

A.,

Kläger und Berufungskläger,

Prozessbevollmächtigter:
Rechtsanwalt ...

gegen

B. AG,

Beklagte und Berufungsbeklagte,

Prozessbevollmächtigte:
Rechtsanwälte ...

hat der 1. Zivilsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen durch den Vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht Dr. Schromek, den Richter am Oberlandesgericht Dr. Böger und den Richter am Landgericht Dr. Kramer

am 28.05.2018 beschlossen:

- I. Der Senat beabsichtigt, die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Landgerichts Bremen vom 18.12.2017, Az.: 4 O 1946/16, durch einstimmigen Beschluss gemäß § 522 Abs. 2 ZPO zurückzuweisen.
- II. Dem Kläger wird Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 14.06.2018 gegeben.

Gründe

I.

Der Kläger nimmt die Beklagte auf Ansprüche auf Rückzahlung im Wege einer Vorfälligkeitsentschädigung berechneter Beträge sowie geleisteter Zinsen und weiterer Beträge nach der Erklärung des Widerrufs eines bereits zurückgeführten Darlehens in Anspruch.

Der Kläger schloss mit der Beklagten, einem Kreditinstitut, am 13./20.01.2011 einen Vertrag über die Gewährung eines grundpfandrechtlich gesicherten Darlehens über einen Nennbetrag von EUR 330.000,- zur Darlehensnummer Für das Darlehen, das nach den Bedingungen des Darlehensvertrags bei Vertragsschluss eine voraussichtliche Laufzeit von zwanzig Jahren und vier Monaten haben sollte, wurde ein bis zum 30.01.2021 fest gebundener Sollzins von 3,59 % p.a. vereinbart.

Der Kläger führte das Darlehen am 28.11.2014 auf seinen Wunsch vorzeitig zurück und zahlte dabei eine Vorfälligkeitsentschädigung in Höhe von EUR 29.631,35. Die Beklagte gab im Zuge der Darlehensablösung die für das Darlehen bestehenden Sicherheiten frei.

Mit Schreiben vom 27.06.2016 erklärte der Kläger den Widerruf des Darlehensvertrags. Die Beklagte wies den Widerruf mit Schreiben vom 01.07.2016 zurück.

Der Kläger behauptet, das Darlehen sei nicht als Präsenzgeschäft abgeschlossen worden. Er meint, bei Abschluss des Darlehensvertrags habe wegen Mängeln der Widerrufsbelehrung sowie fehlender weiterer erforderlicher Angaben die Widerrufsfrist nicht zu laufen begonnen, so dass der im Jahr 2016 erklärte Widerruf noch nicht verfristet gewesen sei. Zudem sei das Widerrufsrecht auch nicht verwirkt gewesen.

Der Kläger berechnet seine insgesamt geltend gemachten Ansprüche von EUR 69.971,13 zuzüglich weiterer vorgerichtlicher Rechtsanwaltskosten wie folgt:

EUR 32.132,25 gezahlte Zinsen

EUR 2.630,28 Nutzungersatz auf die gezahlten Zinsen

EUR 29.631,35 gezahlte Vorfälligkeitsentschädigung

EUR 100,00 Bearbeitungsgebühr

EUR 5.477,25 Nutzungersatz auf die Vorfälligkeitsentschädigung

Die Beklagte ist der Auffassung, dass die Widerrufsfrist im Jahr 2016 bereits abgelaufen gewesen sei, da der Kläger ordnungsgemäß über sein Widerrufsrecht belehrt worden sei. Jedenfalls beruft sie sich auf eine Verwirkung des Widerrufsrechts des Klägers. Zudem bestreitet die Beklagte die Richtigkeit der Berechnung des Nutzungsersatzanspruchs des Klägers und sie erklärt hilfsweise die Aufrechnung mit einem eigenen Nutzungsersatzanspruch, den sie in Höhe von EUR 31.132,25 berechnet, d.h. in Höhe der gezahlten Vertragszinsen.

Das Landgericht hat die Klage mit Urteil vom 18.12.2017 abgewiesen. Zur Begründung hat das Landgericht ausgeführt, dass offenbleiben könne, ob der Kläger sein Widerrufsrecht noch fristgerecht ausgeübt habe, da ein etwaig noch nicht verfristetes Widerrufsrecht zum Zeitpunkt der Ausübung jedenfalls verwirkt gewesen sei. Hinsichtlich des Tatbestandes und des weiteren Vorbringens der Parteien in erster Instanz einschließlich der dort gestellten Anträge wird Bezug genommen auf die Feststellungen im angefochtenen klagabweisenden Urteil des Landgerichts Bremen vom 18.12.2017, Az.: 4 O 1946/16 (§ 540 Abs. 1 Nr. 1 ZPO).

Mit seiner rechtzeitig eingelegten Berufung verfolgt der Kläger sein erstinstanzliches Klagebegehren weiter und beantragt,

unter Abänderung des am 18.12.2017 verkündeten Urteils des Landgerichts Bremen, Aktenzeichen 4 O 1946/16, die Beklagte zu verurteilen, an den Kläger EUR 69.971,13 zuzüglich Zinsen von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 02.08.2016 nebst vorgerichtlicher Kosten von EUR 3.207,41 zuzüglich Zinsen von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 05.08.2016 zu zahlen.

Die Beklagte beantragt die Zurückweisung der Berufung.

Hinsichtlich des weiteren Vorbringens der Parteien in der Berufungsinstanz wird auf die gewechselten Schriftsätze der Parteien in der Berufungsinstanz verwiesen.

II.

Die Berufung ist form- und fristgerecht eingelegt worden; in der Sache hat sie aber keine Aussicht auf Erfolg.

Nach dem bisherigen Vorbringen der Parteien ist eine Grundlage für den geltend gemachten Anspruch auf Rückzahlung der dem Kläger im Wege einer Vorfälligkeitsentschädigung berechneten Beträge sowie der geleisteten Zinsen und weiteren Beträge aufgrund der Erklärung des Darlehenswiderrufs durch den Kläger vom 27.06.2016

nicht ersichtlich und es bestehen daher keine Bedenken gegen die klagabweisende Entscheidung des Landgerichts. Dabei kann offenbleiben, ob der Kläger bei Vertragsschluss ordnungsgemäß über ein gesetzliches Widerrufsrecht belehrt wurde oder nicht und ob und ab wann nachfolgend die Widerrufsfrist zu laufen begann, da jedenfalls zum Zeitpunkt der Erklärung des Darlehenswiderrufs ein Recht zum Widerruf des Darlehensvertrags vom 13./20.01.2011 bereits verwirkt war.

1. Der Grundsatz der Verwirkung fußt als Unterfall der unzulässigen Rechtsausübung auf den Prinzipien von Treu und Glauben aus § 242 BGB. Danach ist ein Recht verwirkt, wenn sich der Verpflichtete wegen der Untätigkeit des Berechtigten über einen gewissen Zeitraum hin bei objektiver Beurteilung darauf einrichten darf und eingerichtet hat, dieser werde sein Recht nicht mehr geltend machen, so dass die verspätete Geltendmachung gegen Treu und Glauben verstößt (siehe BGH, Urteil vom 06.02.2014 – I ZR 86/12, juris Rn. 38, NJW 2014, 1888; Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 501/15, juris Rn. 40, BGHZ 211, 105; Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 564/15, juris Rn. 37, BGHZ 211, 123; Urteil vom 11.10.2016 – XI ZR 482/15, juris Rn. 30, BGHZ 212, 207; Urteil vom 14.03.2017 – XI ZR 442/16, juris Rn. 27, WM 2017, 849). Die Verwirkung setzt damit zum einen ein Zeitmoment voraus, d.h. den Ablauf einer gewissen Zeit der Nicht-Geltendmachung des Rechts, und zum anderen ein Umstandsmoment, d.h. es müssen besondere, auf dem Verhalten des Berechtigten beruhende Umstände hinzutreten, die das Vertrauen des Verpflichteten rechtfertigen, der Berechtigte werde sein Recht nicht mehr geltend machen (siehe BGH, a.a.O.). Dabei sind Zeit- und Umstandsmoment nicht unabhängig voneinander zu betrachten, sondern sie stehen in einer Wechselwirkung zueinander und je länger der Berechtigte untätig bleibt, desto mehr wird der Berechtigte in seinem Vertrauen schutzwürdig, das Recht werde nicht mehr ausgeübt (siehe BGH, Urteil vom 19.12.2000 – X ZR 150/98, juris Rn. 43, BGHZ 146, 217; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 393/16, juris Rn. 9, WM 2017, 2247).

2. Nach gefestigter Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs unterliegt auch das Recht eines Verbrauchers zur Ausübung eines Verbraucherwiderrufsrechts der Verwirkung (siehe BGH, Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 501/15, juris Rn. 39, BGHZ 211, 105; Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 564/15, juris Rn. 34, BGHZ 211, 123; Urteil vom 11.10.2016 – XI ZR 482/15, juris Rn. 30, BGHZ 212, 207; Beschluss vom 14.03.2017 – XI ZR 160/16, juris o. Rn.; VuR 2017, 317 (Ls.); Urteil vom 14.03.2017 – XI ZR 442/16, juris Rn. 28, WM 2017, 849; Urteil vom 16.05.2017 – XI ZR 586/15, juris Rn. 27, WM 2017, 1258; Urteil vom 04.07.2017 – XI ZR 741/16, juris Rn. 35, WM

2017, 1602; Urteil vom 12.09.2017 – XI ZR 365/16, juris Rn. 8, WM 2017, 2146; Urteil vom 26.09.2017 – XI ZR 545/15, juris Rn. 22; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 393/16, juris Rn. 8, WM 2017, 2247; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 443/16, juris Rn. 26, WM 2017, 2248; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 449/16, juris Rn. 19, WM 2017, 2251; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 450/16, juris Rn. 18; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 455/16, juris Rn. 21; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 549/16, juris Rn. 16, GWR 2017, 476 (Ls.); Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 555/16, juris Rn. 19, WM 2017, 2259; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 11, WM 2018, 614; Urteil vom 27.02.2018 – XI ZR 474/16, juris Rn. 18; Urteil vom 27.02.2018 – XI ZR 480/16, juris Rn. 12). Dies gilt insbesondere auch, wie der Bundesgerichtshof ausdrücklich klargestellt hat, für Fälle des Widerrufs von Verbraucher-Darlehensverträgen, bei denen es an einer ordnungsgemäßen Belehrung über das gesetzliche Widerrufsrecht des Verbrauchers fehlt (siehe BGH, Urteil vom 11.10.2016 – XI ZR 482/15, juris Rn. 30, BGHZ 212, 207; Urteil vom 26.09.2017 – XI ZR 545/15, juris Rn. 22). Auch der Gesetzgeber hat erklärtermaßen auch mit dem Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften vom 11.03.2016 (BGBl. I S. 396) keinen Ausschluss der Anwendung der Grundsätze der Verwirkung im Bereich des Widerrufs von Verbraucher-Darlehensverträgen einführen wollen (siehe Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie, BT-Drucks. 18/7584, S. 147) und damit zugleich zu erkennen gegeben, dass diesem Institut schon immer eine Relevanz im Bereich des Widerrufs von Verbraucher-Darlehensverträgen zukommen konnte (siehe BGH, Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 11, WM 2018, 614; Beschluss vom 07.03.2018 – XI ZR 298/17, juris o. Rn.). Der Anwendung der Grundsätze der Verwirkung steht nach Auffassung des Bundesgerichtshofs hier weder entgegen, dass ein rechtsgeschäftlicher Verzicht auf das Verbraucherwiderrufsrecht grundsätzlich nicht möglich wäre (siehe BGH, Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 564/15, juris Rn. 35, BGHZ 211, 123; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 11, WM 2018, 614), noch dass die fehlerhafte Belehrung des Verbrauchers über sein Widerrufsrecht in der Sphäre des Darlehensgebers begründet ist (siehe BGH, Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 443/16, juris Rn. 26, WM 2017, 2248; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 449/16, juris Rn. 19, WM 2017, 2251; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 455/16, juris Rn. 21; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 549/16, juris Rn. 16, GWR 2017, 476 (Ls.); Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 18, WM 2018, 614; anderer Auffassung dagegen

noch OLG Zweibrücken, Urteil vom 23.11.2015 – 7 U 77/15, juris Rn. 92; Urteil vom 16.12.2016 – 7 U 133/15, juris Rn. 108; LG Hamburg, Urteil vom 03.11.2017 – 302 O 39/17, juris Rn. 49).

3. Maßgeblich für die Bestimmung des Zeitmoments ist die Zeitdauer von dem Abschluss des Darlehensvertrags bis zur Erklärung des Widerrufs durch den Verbraucher (siehe BGH, Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 564/15, juris Rn. 37, BGHZ 211, 123; Urteil vom 11.10.2016 – XI ZR 482/15, juris Rn. 31, BGHZ 212, 207; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 393/16, juris Rn. 10, WM 2017, 2247; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 455/16, juris Rn. 21; Beschluss vom 12.12.2017 – XI ZR 769/16, juris o. Rn.; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 13, WM 2018, 614; anderer Auffassung dagegen noch OLG Düsseldorf, Urteil vom 25.11.2016 – 16 U 5/16, juris Rn. 60; OLG Karlsruhe, Urteil vom 16.05.2017 – 17 U 81/16, juris Rn. 65, VuR 2018, 76 (Ls.); OLG Koblenz, Urteil vom 14.10.2016 – 8 U 1038/15, juris Rn. 92, BKR 2017, 78; OLG Köln, Beschluss vom 24.04.2017 – 12 U 187/16, juris Rn. 19; offen gelassen in Hanseatisches OLG Hamburg, Urteil vom 16.10.2015 – 13 U 45/15, juris Rn. 53). Insbesondere ist bei dieser Berechnung auch nicht allein auf die Zeitdauer zwischen Vertragsschluss und der Beendigung des Verbraucher-Darlehensvertrags abzustellen und damit die Zeitdauer zwischen der Vertragsbeendigung und der Erklärung des Widerrufs unberücksichtigt zu lassen: Dies ergibt sich bereits daraus, dass nach den oben dargelegten Grundsätzen das Institut der Verwirkung allgemein auf einen Zeitraum der Nicht-Geltendmachung des Rechts durch den Berechtigten abstellt, wodurch eine Verwirkung im Moment der Ausübung des Rechts begründet wird. Der Lauf des Zeitmoments ist damit grundsätzlich nicht auf bestimmte Phasen der Nicht-Geltendmachung des Rechts zu beschränken. Auch aus der Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 23.01.2018 (siehe BGH, Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 13, WM 2018, 614) folgt nichts anderes, wenn es dort heißt, dass „der Zeitraum zwischen der Beendigung des Verbraucherdarlehensvertrags und dem Widerruf nicht das Zeitmoment [betrifft]“ und dass er aber „bei der Prüfung des Umstandsmoments Berücksichtigung finden“ kann. In der dort vom Bundesgerichtshof zu entscheidenden Konstellation hatte das Berufungsgericht für das Zeitmoment – wie hier – auf den Zeitraum zwischen Abschluss des Darlehensvertrags und Widerrufserklärung abgestellt (siehe zur Wiedergabe der Erwägungen des Berufungsgerichts BGH, a.a.O., juris Rn. 3) und der Bundesgerichtshof hat diese Entscheidung als im Einklang mit der Senatsrechtsprechung erfolgt angesehen (siehe BGH, a.a.O., juris Rn. 27), also gerade keinen Gegensatz zur soeben zitierten Passage aus seinen Ent-

scheidungsgründen gesehen. Diese Passage wiederholt vielmehr Ausführungen aus früheren Entscheidungen, in denen der Bundesgerichtshof sich gegen eine Berechnung des Zeitmoments durch die jeweiligen Berufungsgerichte erst ab der Beendigung des Darlehensvertrags wandte (siehe insbesondere BGH, Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 393/16, juris Rn. 10, WM 2017, 2247; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 455/16, juris Rn. 21; Beschluss vom 12.12.2017 – XI ZR 769/16, juris o. Rn. [in Bezug auf OLG Düsseldorf, Urteil vom 25.11.2016 – 16 U 5/16, juris Rn. 60]), ohne dass der Bundesgerichtshofs dort zugleich auch eine Berechnung des Zeitmoments bis zum Moment der Ausübung des Widerrufsrechts kritisierte hätte (siehe insbesondere BGH, Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 393/16, juris Rn. 10, WM 2017, 2247; Beschluss vom 12.12.2017 – XI ZR 769/16, juris o. Rn. a.a.O.). Der Bundesgerichtshof hat mithin keine Veranlassung gesehen, der Berechnung des Zeitmoments bis zum Moment der Ausübung des Widerrufsrechts entgegenzutreten und dies steht aus Sicht des Senats auch im Einklang mit den oben dargelegten allgemeinen Grundsätze der Verwirkung. Daher versteht der Senat die vorzitierte Passage aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs dahingehend, dass die Berechnung der Zeitdauer zwischen Beendigung der Darlehensvertrags und Ausübung des Widerrufsrechts als solche für die Annahme des Zeitmoments unerheblich ist, da es insoweit – auch wenn dies den eben genannten Zeitraum mitumfasst – auf die Berechnung der Gesamt-Zeitdauer zwischen Vertragsschluss und Ausübung des Widerrufsrechts ankommt (so auch ausdrücklich die Berechnung in der Rechtsprechung der Oberlandesgerichte, soweit dort für den Beginn des Zeitmoments auf den Vertragsschluss abgestellt wurde, siehe KG Berlin, Urteil vom 27.03.2017 – 8 U 87/16, juris Rn. 13, WM 2017, 1298; OLG Brandenburg, Urteil vom 20.09.2017 – 4 U 187/16, juris Rn. 29; OLG Braunschweig, Beschluss vom 26.04.2017 – 2 U 61/16, juris Rn. 5, WM 2017, 1847; Hanseatisches OLG in Bremen, Urteil vom 26.02.2016 – 2 U 92/15, juris Rn. 34, NJW-RR 2016, 875; OLG Düsseldorf, Urteil vom 21.07.2017 – 9 U 13/17, juris Rn. 27; OLG Frankfurt am Main, Beschluss vom 23.02.2018 – 3 U 39/17, juris Rn. 19; Hanseatisches OLG Hamburg, Urteil vom 16.10.2015 – 13 U 45/15, juris Rn. 53; OLG Hamm, Urteil vom 14.11.2017 – 19 U 21/17, juris Rn. 22; OLG Köln, Urteil vom 30.01.2018 – 4 U 34/17, juris Rn. 34; OLG München, Urteil vom 16.11.2016 – 20 U 3077/16, juris Rn. 43; OLG Schleswig, Urteil vom 23.02.2017 – 5 U 171/16, juris Rn. 27, WM 2017, 1304; OLG Stuttgart, Urteil vom 12.12.2017 – 6 U 208/16, juris Rn. 61, WM 2018, 373; OLG Zweibrücken, Urteil vom 16.12.2016 – 7 U 133/15, juris Rn. 106). Zugleich soll dies nach Auffassung des Bundesgerichtshofs eine Mit-Berücksichtigung des Zeitablaufs

nach der Beendigung des Darlehensvertrags im Rahmen des Umstandsmoments nicht ausschließen, worauf im Kontext des Umstandsmoments zurückzukommen sein wird. Nach diesen Maßstäben ist im vorliegenden Fall seit dem Abschluss des Darlehensvertrags am 13./20.01.2011 bis zur Erklärung des Widerrufs durch den Verbraucher am 27.06.2016 ein Zeitraum von 5 Jahren und 5 Monaten verstrichen. Dieser Zeitraum genügt nach der Auffassung des Senats für das Zeitmoment im Rahmen der Verwirkung.

a. Der vorliegende Streit der Parteien darüber, ob das Zeitmoment erfüllt ist, veranlasst den Senat zu einer Bestandsaufnahme der bisherigen Rechtsprechungsentwicklung zur Dauer des Zeitmoments im Hinblick auf die Verwirkung des Rechts zur Ausübung eines Verbraucherwiderrufsrechts. Der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist keine Festlegung einer Mindestdauer des Zeitmoments in diesem Kontext zu entnehmen; vielmehr hat der Bundesgerichtshof ausdrücklich festgestellt, dass ein solches Mindestzeitmoment weder aus den gesetzlichen Verjährungshöchstfristen abzuleiten ist (dazu BGH, Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 393/16, juris Rn. 9, WM 2017, 2247; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 11, WM 2018, 614) noch aus den Fristen der regelmäßigen Verjährung (dazu BGH, Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 455/16, juris Rn. 21; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 11, WM 2018, 614; anderer Auffassung dagegen offenbar OLG Hamm, Beschluss vom 12.07.2017 – 31 U 44/17, Rn. 26; OLG Schleswig, Urteil vom 06.10.2016 – 5 U 72/16, juris Rn. 35, WM 2016, 2350; Urteil vom 23.02.2017 – 5 U 171/16, juris Rn. 26, WM 2017, 1304; LG Dortmund, Urteil vom 10.02.2017 – 3 O 89/16, juris Rn. 23, BKR 2017, 257; Urteil vom 24.03.2017 – 3 O 78/16, juris Rn. 32, BKR 2017, 298).

b. In der bisherigen Rechtsprechung von Bundesgerichtshof, Oberlandesgerichten und Landgerichten ist das Vorliegen des Zeitmoments für die Verwirkung des Rechts zur Ausübung eines Widerrufsrechts in einem Verbraucher-Darlehensvertrag überwiegend bei längeren Zeiträumen als dem vorliegenden angenommen worden, ohne dass dort aber zugleich festgestellt worden wäre, dass jeweils kürzere Zeiträume für die Annahme des Zeitmoments nicht genügt hätten (siehe BGH, Urteil vom 11.10.2016 – XI ZR 482/15, BGHZ 212, 207: 9 Jahre und 6 Monate; Urteil vom 21.02.2017 – XI ZR 381/16, WM 2017, 806: 7 Jahre und 9 Monate; Urteil vom 14.03.2017 – XI ZR 442/16, WM 2017, 849: 7 Jahre und 9 Monate; Urteil vom 16.05.2017 – XI ZR 586/15, WM 2017, 1258: 6 Jahre und 3 Monate; Urteil vom 12.09.2017 – XI ZR 365/16, WM 2017, 2146: 10 Jahre und 3 Monate; Urteil vom 26.09.2017 – XI ZR 545/15, juris Rn. 2 f. i.V.m. 22: 9 Jahre und 1 Monat; Urteil vom

10.10.2017 – XI ZR 393/16, WM 2017, 2247: 11 Jahre und 4 Monate; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 443/16, WM 2017, 2248: 7 Jahre und 2 Monate; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 449/16, WM 2017, 2251: 8 Jahre und 2 Monate; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 450/16, juris Rn. 2 f.: 7 Jahre und 4 Monate; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 455/16, juris Rn. 2 ff.: 6 Jahre und 8 Monate; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 549/16, juris Rn. 2 f., GWR 2017, 476 (Ls.): 11 Jahre und 7 Monate; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 555/16, WM 2017, 2259: 10 Jahre und 7 Monate; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 2 f., WM 2018, 614: 7 Jahre; Urteil vom 27.02.2018 – XI ZR 474/16, juris Rn. 2 ff.: 12 Jahre; Urteil vom 27.02.2018 – XI ZR 480/16, juris Rn. 2 f.: 10 Jahre und 6 Monate; KG Berlin, Urteil vom 27.03.2017 – 8 U 87/16, juris Rn. 13, WM 2017, 1298: 6 Jahre und 11 Monate; OLG Brandenburg, Urteil vom 08.02.2017 – 4 U 190/15, juris Rn. 65: 9 Jahre und 2 Monate; Urteil vom 20.09.2017 – 4 U 114/16, juris Rn. 63: 7 Jahre und 3 Monate; Urteil vom 20.09.2017 – 4 U 187/16, juris Rn. 29: 9 Jahre und 7 Monate; Urteil vom 22.11.2017 – 4 U 205/16, juris Rn. 47: 11 Jahre; Urteil vom 13.12.2017 – 4 U 4/17, juris Rn. 50, NJ 2018, 154: 8 Jahre und 1 Monat; OLG Braunschweig, Beschluss vom 26.04.2017 – 2 U 61/16, juris Rn. 5, WM 2017, 1847: 6 Jahre und 3 Monate; Hanseatisches OLG in Bremen, Urteil vom 26.02.2016 – 2 U 92/15, juris Rn. 34, NJW-RR 2016, 875: 6 Jahre und 5 Monate; OLG Düsseldorf, Urteil vom 21.07.2017 – 9 U 13/17, juris Rn. 27: 7 Jahre und 8 Monate; OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 19.11.2014 – 19 U 74/14, juris Rn. 45, BKR 2015, 245: 8 Jahre und 6 Monate; Urteil vom 16.11.2016 – 19 U 23/16, juris Rn. 21: 7 Jahre und 2 Monate; Urteil vom 22.11.2016 – 10 U 78/15, juris Rn. 27: 5 Jahre; Beschluss vom 16.02.2017 – 3 U 185/15, juris Rn. 58: 9 Jahre und 7 Monate; Beschluss vom 01.06.2017 – 3 U 13/17, juris Rn. 35: 10 Jahre; Beschluss vom 02.01.2018 – 3 U 78/17, juris Rn. 29: 11 Jahre; Beschluss vom 10.01.2018 – 3 U 70/16, juris Rn. 22: 6 Jahre und 9 Monate; Beschluss vom 23.02.2018 – 3 U 39/17, juris Rn. 19: 12 Jahre und 1 Monat; Hanseatisches OLG Hamburg, Urteil vom 16.10.2015 – 13 U 45/15, juris Rn. 53: 12 Jahre und 6 Monate; OLG Hamm, Beschluss vom 22.03.2017 – 31 U 26/17, Rn. 18: 10 Jahre und 3 Monate; Urteil vom 12.04.2017 – 31 U 52/16, Rn. 40: 11 Jahre; Urteil vom 28.04.2017 – 19 U 123/16, Rn. 19: 11 Jahre; Beschluss vom 12.07.2017 – 31 U 44/17, Rn. 27: 9 Jahre und 8 Monate; Beschluss vom 21.07.2017 – 19 U 121/17, Rn. 18: 12 Jahre; Urteil vom 31.07.2017 – 5 U 142/15, Rn. 132: 6 Jahre und 7 Monate; Urteil vom 14.11.2017 – 19 U 21/17, juris Rn. 22: 9 Jahre und 10 Monate; OLG Köln, Urteil vom 25.01.2012 – 13 U 30/11, juris Rn. 23, WM 2012, 1532: 7 Jahre und 5 Monate; Beschluss vom

15.02.2017 – 12 U 39/16, juris Rn. 5: 8 Jahre; Beschluss vom 03.03.2017 – 13 U 241/16, juris Rn. 1 i.V.m. 17: 11 Jahre und 11 Monate; Beschluss vom 09.03.2017 – 13 U 422/16, juris Rn. 4: 8 Jahre; Beschluss vom 27.03.2017 – 12 U 39/16, juris Rn. 18: 8 Jahre; Urteil vom 18.05.2017 – 12 U 88/16, juris Rn. 9: 11 Jahre; Beschluss vom 03.07.2017 – 12 U 4/17, juris Rn. 16: 7 Jahre und 3 Monate; Beschluss vom 13.07.2017 – 12 U 183/16, juris Rn. 11: 8 Jahre und 6 Monate; Beschluss vom 20.07.2017 – 12 U 41/17, juris Rn. 6: 11 Jahre; Urteil vom 20.09.2017 – 13 U 52/16, juris Rn. 18: 6 Jahre und 10 Monate; Beschluss vom 27.11.2017 – 12 U 179/17, juris Rn. 6: 13 Jahre und 3 Monate; Urteil vom 30.01.2018 – 4 U 34/17, juris Rn. 34: 8 Jahre und 3 Monate; OLG München, Urteil vom 16.11.2016 – 20 U 3077/16, juris Rn. 43: 10 Jahre und 3 Monate; OLG Schleswig, Urteil vom 06.10.2016 – 5 U 72/16, juris Rn. 36, WM 2016, 2350: 7 Jahre und 5 Monate; Urteil vom 23.02.2017 – 5 U 171/16, juris Rn. 27, WM 2017, 1304: 9 Jahre und 3 Monate; OLG Stuttgart, Urteil vom 24.01.2017 – 6 U 96/16, juris Rn. 68: 6 Jahre und 10 Monate; Urteil vom 28.03.2017 – 6 U 196/16, juris Rn. 2 ff.: 11 Jahre; Urteil vom 18.04.2017 – 6 U 36/16, juris Rn. 52, VuR 2017, 316 (Ls.): 6 Jahre und 5 Monate; Urteil vom 23.05.2017 – 6 U 192/16, juris Rn. 35, ZIP 2017, 1412 (Ls.): 11 Jahre und 2 Monate; Urteil vom 12.12.2017 – 6 U 174/14, juris Rn. 17: 9 Jahre; Urteil vom 12.12.2017 – 6 U 208/16, juris Rn. 61, WM 2018, 373, 7 Jahre; Urteil vom 12.12.2017 – 6 U 316/16, juris Rn. 5: 11 Jahre; LG Aachen, Urteil vom 14.02.2017 – 10 O 311/16, juris Rn. 39: 12 Jahre und 11 Monate; LG Bonn, Urteil vom 02.06.2017 – 3 O 519/16, juris Rn. 21: 11 Jahre und 9 Monate; LG Bremen, Urteil vom 17.02.2017 – 4 O 1361/04, juris Rn. 43: 11 Jahre; LG Dortmund, Urteil vom 10.02.2017 – 3 O 89/16, juris Rn. 31, BKR 2017, 257: 6 Jahre und 8 Monate; Urteil vom 24.03.2017 – 3 O 78/16, juris Rn. 33, BKR 2017, 298: 11 Jahre und 5 Monate; LG Frankfurt am Main, Urteil vom 05.03.2018 – 2-05 O 338/17, juris Rn. 57: 8 Jahre und 7 Monate; LG Hamburg, Urteil vom 18.01.2017 – 335 O 244/15, juris Rn. 25: 10 Jahre und 6 Monate; Urteil vom 02.03.2017 – 319 O 53/16, juris Rn. 32: 11 Jahre und 11 Monate; Urteil vom 03.11.2017 – 302 O 39/17, juris Rn. 48: 9 Jahre und 8 Monate; LG Köln, Urteil vom 23.03.2017 – 15 O 422/16, juris Rn. 27: 11 Jahre und 6 Monate; Urteil vom 18.05.2017 – 30 O 315/16, juris Rn. 18: 8 Jahre und 1 Monat). Soweit ersichtlich, ist nur äußerst vereinzelt eine bestimmte Mindestfrist des Zeitmoments angenommen worden (siehe OLG Köln, Beschluss vom 21.05.2013 – 13 U 219/12, juris Rn. 10: Dort wurde ein Zeitablauf von weniger als 7 Jahren als unzureichend angenommen, diese Entscheidung beruht aber auf einem Missverständnis der dort zitierten Entscheidung BGH, Urteil vom 18.10.2004 – II ZR 352/02, juris

Rn. 24, MDR 2005, 157, in der der Bundesgerichtshof einen Zeitablauf von 10 Jahren *alleine* – d.h. ohne das Hinzutreten des Umstandsmoments – für eine Verwirkung nicht als ausreichend angesehen hat; auch der 13. Zivilsenat des OLG Köln hat in späteren Entscheidungen kürzere Zeiträume genügen lassen, siehe OLG Köln, Beschluss vom 18.09.2015 – 13 U 85/15, juris Rn. 4 f.).

c. In insgesamt nicht wenigen Fällen ist darüber hinaus auch ausdrücklich bei Zeiträumen wie dem vorliegenden, die unterhalb von 6 Jahren liegen, oder bei noch kürzeren Zeiträumen das Zeitmoment bejaht worden (siehe BGH, Beschluss vom 14.03.2017 – XI ZR 160/16, juris o. Rn.; VuR 2017, 317 (Ls.): 5 Jahre und 4 Monate [zum zugrunde liegenden Sachverhalt siehe LG Itzehoe, Urteil vom 07.07.2015 – 7 O 243/14, juris Rn. 3 i.V.m. 13]; OLG Brandenburg, Urteil vom 31.05.2017 – 4 U 188/15, juris Rn. 55, BKR 2018, 22: 4 Jahre und 6 Monate; OLG Düsseldorf, Urteil vom 01.02.2017 – 3 U 26/16, juris Rn. 49, WM 2017, 713: 2 Jahre und 11 Monate; Beschluss vom 02.05.2017 – 14 U 122/16, juris Rn. 8: 4 Jahre und 5 Monate [zum zugrunde liegenden Sachverhalt siehe LG Düsseldorf, Urteil vom 12.08.2016 – 10 O 462/15, juris Rn. 2 i.V.m. 11]; OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 22.11.2016 – 10 U 78/15, juris Rn. 27: 5 Jahre; OLG Hamm, Beschluss vom 15.03.2017 – 31 U 288/17, Rn. 5: 5 Jahre und 7 Monate; OLG Köln, Beschluss vom 18.09.2015 – 13 U 85/15, juris Rn. 4 f.: 5 Jahre und 10 Monate; OLG Zweibrücken, Urteil vom 23.11.2015 – 7 U 77/15, juris Rn. 92: 4 Jahre und 7 Monate; Urteil vom 16.12.2016 – 7 U 133/15, juris Rn. 106: 5 Jahre und 10 Monate; LG Köln, Urteil vom 23.03.2017 – 30 O 285/16, juris Rn. 33: 4 Jahre und 5 Monate) bzw. es wurde jedenfalls die Anwendung der Rechtsgrundsätze der Verwirkung bei solchen kürzeren Zeiträumen nicht ausgeschlossen (siehe BGH, Urteil vom 04.07.2017 – XI ZR 741/16, juris Rn. 35, WM 2017, 1602: 4 Jahre und 6 Monate).

d. Nach Auffassung des Senats ist bei der vorliegenden Zeitdauer von 5 Jahren und 5 Monaten von dem Abschluss des Darlehensvertrags am 13./20.01.2011 an bis zur Erklärung des Widerrufs durch den Verbraucher am 27.06.2016 das Vorliegen eines Zeitmoments zu bejahen, ohne dass damit zugleich generell zu entscheiden wäre, welcher Mindestzeitraum für das Zeitmoment im Hinblick auf die Verwirkung der Ausübung eines Widerrufsrechts in einem Verbraucher-Darlehensvertrag erfüllt sein müsste.

Insoweit ist aus Sicht des Senats einerseits zu berücksichtigen, dass es sich bei der auf den Abschluss des Darlehensvertrag vom 13./20.01.2011 gerichteten Erklärung

des Klägers um eine rechtlich sehr erhebliche und folgenreiche Erklärung handelte, die zudem auf die Begründung eines sehr langandauernden Dauerschuldverhältnisses gerichtet war. Dies legt nahe, dass bei der Beklagten nicht schon der Ablauf eines kürzeren Zeitraumes genügen konnte, bevor – bei Vorliegen eines entsprechenden Umstandsmoments – ein schützenswertes Vertrauen darin entstehen konnte, dass ein Recht zum Widerruf dieser Erklärung durch den Kläger nicht mehr erfolgen würde. Gleichzeitig ist aber festzustellen, dass die im vorliegenden Fall verstrichene Zeitdauer von 5 Jahren und 5 Monaten deutlich über der regelmäßigen Verjährungsfrist des § 195 BGB liegt, deren Dauer – wenn sie auch nach den vorstehenden Ausführungen nicht als feste Mindestdauer des Zeitmoments herangezogen werden kann, zumal die Ausübung des Widerrufsrechts ohnehin nicht der Verjährung unterliegt – doch zumindest ein Indiz dafür bildet, dass dieser Zeitablauf aus der Sicht des Gesetzes regelmäßig als erheblich anzusehen ist. Berücksichtigt man sodann, dass das Gesetz für die Ausübung von Verbraucherwiderrufsrechten im Regelfall nur eine kurze Frist von zwei Wochen vorsieht, so kann jedenfalls der Zeitraum der dreijährigen Regelverjährungsfrist für die Annahme des Zeitmoments im Rahmen der Prüfung der Verwirkung eines wegen fehlerhafter Belehrung nicht verfristeten Widerrufsrechts nicht als ungenügend erscheinen. Im Übrigen bleibt die oben geschilderte Wechselwirkung zwischen Zeit- und Umstandsmoment zu beachten: Soweit auf der Grundlage der vorstehenden Argumentation das Zeitmoment bereits nach einem weniger langen Zeitraum der Untätigkeit des Berechtigten bejaht wird, als dies in der Mehrzahl der vergleichbaren vom Bundesgerichtshof zu entscheidenden Konstellationen der Fall gewesen ist, so steigert dies im Vergleich dazu die Anforderungen an die Umstände, aus denen sich ein schutzwürdiges Vertrauen des Verpflichteten ergeben kann, dass das Recht nicht mehr ausgeübt werde.

Einer weiteren Festlegung eines bestimmten Mindestzeitraums für das Zeitmoment bedarf es für die vorliegende Entscheidung nicht und es wäre eine solche allgemeine Festlegung überdies auch deswegen nicht angezeigt, da es für die Beurteilung der Zeitspanne, die bis zum Eintritt der Verwirkung verstrichen sein muss, auf die Umstände des Einzelfalles ankommt, so dass nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs jedenfalls eine Annahme fester Zeiträume nicht in Betracht kommen soll (siehe BGH, Urteil vom 20.07.2010 – EnZR 23/09, juris Rn. 22, NJW 2011, 212; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 393/16, juris Rn. 9, WM 2017, 2247).

4. Nach Auffassung des Senats ist auf der Grundlage des bisherigen Vorbringens der Parteien auch unter Berücksichtigung der vorstehend beschriebenen Wechselwirkung

zwischen Zeit- und Umstandsmoment, die hier zu vergleichsweise gesteigerten Anforderungen führt, auch das Umstandsmoment im Rahmen der Verwirkung erfüllt, d.h. es sind besondere, auf dem Verhalten des Klägers beruhende Umstände gegeben, die das Vertrauen der Beklagten rechtfertigen, der Kläger werde sein Recht nicht mehr geltend machen.

a. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs kann das Vertrauen des Unternehmers auf die Nichtausübung des Widerrufsrechts durch den Verbraucher gerade bei beendeten Darlehensverträgen schutzwürdig sein (siehe BGH, Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 501/15, juris Rn. 41, BGHZ 211, 105; Urteil vom 21.02.2017 – XI ZR 381/16, juris Rn. 22, WM 2017, 806; Urteil vom 14.03.2017 – XI ZR 442/16, juris Rn. 28, WM 2017, 849; Urteil vom 26.09.2017 – XI ZR 545/15, juris Rn. 22; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 443/16, juris Rn. 26, WM 2017, 2248; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 449/16, juris Rn. 19, WM 2017, 2251; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 450/16, juris Rn. 18; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 455/16, juris Rn. 21; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 549/16, juris Rn. 16, GWR 2017, 476 (Ls.); Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 555/16, juris Rn. 19, WM 2017, 2259; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 16, WM 2018, 614; Urteil vom 27.02.2018 – XI ZR 474/16, juris Rn. 18; Urteil vom 27.02.2018 – XI ZR 480/16, juris Rn. 12). Unerheblich ist in diesem Zusammenhang, wie gewichtig der Fehler ist, der zur Wirkungslosigkeit einer im Einzelfall erteilten Widerrufsbelehrung geführt hat, oder ob diese Belehrung überhaupt erteilt wurde (siehe BGH, Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 564/15, juris Rn. 40, BGHZ 211, 123). Auch auf die Kenntnis des Verbrauchers von seinem Widerrufsrecht oder auf ein Vertrauen des Unternehmers darauf, dass der Verbraucher eine solche Kenntnis erlangt hat, kommt es dabei nicht an (siehe BGH, Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 443/16, juris Rn. 26, WM 2017, 2248; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 449/16, juris Rn. 19, WM 2017, 2251; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 450/16, juris Rn. 18; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 455/16, juris Rn. 21; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 549/16, juris Rn. 16, GWR 2017, 476 (Ls.); Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 555/16, juris Rn. 19, WM 2017, 2259; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 17, WM 2018, 614; Urteil vom 27.02.2018 – XI ZR 474/16, juris Rn. 18; Urteil vom 27.02.2018 – XI ZR 480/16, juris Rn. 12; anders dagegen noch Hanseatisches OLG Hamburg, Urteil vom 24.01.2018 – 13 U 242/16, juris Rn. 48, WM 2018, 618; OLG Karlsruhe, Urteil vom 09.01.2018 – 17 U 219/15, juris Rn. 43, ZIP 2018, 467; OLG Koblenz, Urteil vom 19.08.2016 – 8 U 1288/15, juris Rn. 54; Urteil vom 07.10.2016 – 8 U 1325/15, juris Rn. 38; Urteil vom 16.06.2017 – 8 U 930/16, juris Rn. 71; OLG Saarbrücken, Urteil

vom 03.11.2016 – 4 U 54/15, juris Rn. 65; OLG Stuttgart, Urteil vom 11.10.2016 – 6 U 48/16, juris Rn. 76; Urteil vom 24.01.2017 – 6 U 96/16, juris Rn. 68; Urteil vom 07.02.2017 – 6 U 40/16, juris Rn. 78, BKR 2017, 195; Urteil vom 28.03.2017 – 6 U 196/16, juris Rn. 39; Urteil vom 18.04.2017 – 6 U 36/16, juris Rn. 59, VuR 2017, 316 (Ls.); Urteil vom 23.05.2017 – 6 U 192/16, juris Rn. 40, ZIP 2017, 1412 (Ls.) [anders nunmehr Urteil vom 12.12.2017 – 6 U 208/16, juris Rn. 56 f., WM 2018, 373]). Dies steht im Einklang damit, dass die Grundsätze der Verwirkung nicht an eine ausdrückliche oder stillschweigende Willenserklärung anknüpfen, so dass es auf eine angenommene Willensrichtung und etwaige anzunehmende Willensmängel sowie hypothetisches Alternativverhalten ebenfalls nicht ankommt (vgl. BGH, Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 11, WM 2018, 614). Dementsprechend steht es der Schutzwürdigkeit des Vertrauens des Unternehmers auch nicht entgegen, wenn eine Nachbelehrung des Verbrauchers durch den Unternehmer vor oder nach Beendigung des Vertrags nicht erfolgt ist (siehe BGH, Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 501/15, juris Rn. 41, BGHZ 211, 105; Urteil vom 11.10.2016 – XI ZR 482/15, juris Rn. 30 f., BGHZ 212, 207; Urteil vom 21.02.2017 – XI ZR 381/16, juris Rn. 22, WM 2017, 806; Urteil vom 26.09.2017 – XI ZR 545/15, juris Rn. 22; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 443/16, juris Rn. 26, WM 2017, 2248; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 449/16, juris Rn. 19, WM 2017, 2251; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 450/16, juris Rn. 18; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 555/16, juris Rn. 19, WM 2017, 2259; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 19, WM 2018, 614; Urteil vom 27.02.2018 – XI ZR 474/16, juris Rn. 18; Urteil vom 27.02.2018 – XI ZR 480/16, juris Rn. 12; anders dagegen noch OLG Karlsruhe, Urteil vom 22.11.2016 – 17 U 176/15, juris Rn. 31, BKR 2017, 116; Urteil vom 28.03.2017 – 17 U 58/16, juris Rn. 42, VuR 2017, 316 (Ls.); OLG Koblenz, Urteil vom 07.10.2016 – 8 U 1325/15, juris Rn. 39; LG Hamburg, Urteil vom 02.11.2017 – 316 O 77/17, juris Rn. 32; Urteil vom 02.11.2017 – 316 O 78/17, juris Rn. 32). Nach der Auffassung des Bundesgerichtshofs ist eine Nachbelehrung nach Vertragsbeendigung nicht mehr sinnvoll möglich, weil die Willenserklärung des Verbrauchers, deren fortbestehende Widerruflichkeit in das Bewusstsein des Verbrauchers zu rücken Ziel der Nachbelehrung ist, für den Verbraucher keine in die Zukunft gerichteten wiederkehrenden belastenden Rechtsfolgen mehr zeitigt (siehe BGH, Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 501/15, juris Rn. 41, BGHZ 211, 105; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 19, WM 2018, 614).

b. Wie der Bundesgerichtshof mehrfach entschieden hat, gilt dies in besonderem Maße dann, wenn die Beendigung des Darlehensvertrags auf einen Wunsch des Ver-

brauchers zurückgeht, bzw. wenn die Parteien den Darlehensvertrag einverständlich beendet haben (siehe BGH, Urteil vom 14.03.2017 – XI ZR 442/16, juris Rn. 28, WM 2017, 849; Urteil vom 12.09.2017 – XI ZR 365/16, juris Rn. 8, WM 2017, 2146; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 393/16, juris Rn. 8, WM 2017, 2247; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 443/16, juris Rn. 26, WM 2017, 2248; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 449/16, juris Rn. 19, WM 2017, 2251; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 450/16, juris Rn. 18; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 455/16, juris Rn. 21; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 549/16, juris Rn. 16, GWR 2017, 476 (Ls.); Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 555/16, juris Rn. 19, WM 2017, 2259; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 16, WM 2018, 614; Urteil vom 27.02.2018 – XI ZR 474/16, juris Rn. 18; anderer Auffassung zuvor noch OLG Düsseldorf, Urteil vom 25.11.2016 – 16 U 5/16, juris Rn. 50; OLG Frankfurt am Main, Beschluss vom 09.08.2016 – 23 U 46/16, juris Rn. 24; OLG Stuttgart, Urteil vom 24.01.2017 – 6 U 96/16, juris Rn. 66; einschränkend jeweils weiterhin OLG Karlsruhe, Urteil vom 09.01.2018 – 17 U 219/15, juris Rn. 43, ZIP 2018, 467; Urteil vom 09.01.2018 – 17 U 183/16, juris Rn. 45, WM 2018, 622: nur in Zusammenschau mit weiteren Umständen des Einzelfalls; OLG Köln, Beschluss vom 20.07.2017 – 12 U 41/17, juris Rn. 7; Beschluss vom 27.11.2017 – 12 U 179/17, juris Rn. 9; Urteil vom 30.01.2018 – 4 U 34/17, juris Rn. 40: nur bei weiterem Zeitablauf zwischen Beendigung und Widerruf). Grundsätzlich steht zwar auch die einverständliche Aufhebung eines Darlehensvertrags der Ausübung eines Widerrufsrechts in Bezug auf diesen Vertrag nicht entgegen (siehe BGH, Urteil vom 07.05.2014 – IV ZR 76/11, juris Rn. 36, BGHZ 201, 101; Urteil vom 11.10.2016 – XI ZR 482/15, juris Rn. 28, BGHZ 212, 207). Zu beachten ist aber die Relevanz dieser vorzeitigen Vertragsbeendigung im Hinblick auf die Frage der Verwirkung: Ein solche Beendigung des Darlehensvertrags auf Wunsch bzw. im Einverständnis des Verbrauchers stellt – so wie dies generell für das Umstandsmoment vorausgesetzt wird – einen besonderen auf dem Verhalten des zur Ausübung des Widerrufsrechts Berechtigten beruhenden Umstand dar, auf dem das Vertrauen des Verpflichteten in die Nichtausübung des Rechts durch den Berechtigten beruhen kann. Damit unterscheidet sich die Situation der Beendigung des Darlehensvertrags auf Wunsch des Verbrauchers bzw. aufgrund einverständlicher Beendigung auch von dem Fall eines bloßen über einige Zeit erfolgenden vertragstreuen Verhaltens des Darlehensnehmers, welches regelmäßig nicht zur Annahme des Vorliegens des Umstandsmoments genügen kann (siehe BGH, Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 564/15, juris Rn. 39, BGHZ 211, 123; so auch OLG Düsseldorf, Urteil vom 25.11.2016 – 16 U 5/16, juris Rn. 51; OLG Frankfurt am Main, Ur-

teil vom 10.01.2018 – 17 U 134/17, juris Rn. 48, BB 2018, 514 (Ls.); OLG Zweibrücken, Urteil vom 23.11.2015 – 7 U 77/15, juris Rn. 92; Urteil vom 16.12.2016 – 7 U 133/15, juris Rn. 108; anders dagegen noch OLG Koblenz, Urteil vom 14.10.2016 – 8 U 1038/15, juris Rn. 94, BKR 2017, 78; LG Hamburg, Urteil vom 13.07.2017 – 330 O 488/16, juris Rn. 20): Hier liegt für sich genommen gerade noch kein besonderer Umstand vor, der ein die Verwirkung begründendes Vertrauen des Verpflichteten in die Nichtausübung des Rechts durch den Berechtigten tragen könnte. Anderes gilt nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts wiederum dann, wenn der Berechtigte das Darlehen durch seine Ratenzahlungen über die Zeit der Darlehensdauer vollständig zurückgeführt hat und das Darlehensverhältnis auf diese Weise beendet wurde (siehe BGH, Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 501/15, juris Rn. 41, BGHZ 211, 105 [zum Sachverhalt dieser Entscheidung siehe Hanseatisches OLG Hamburg, Urteil vom 16.10.2015 – 13 U 45/15, juris Rn. 53]; Urteil vom 10.10.2017 – XI ZR 549/16, juris Rn. 2 f. i.V.m. 16, GWR 2017, 476 (Ls.); ebenso OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 19.11.2014 – 19 U 74/14, juris Rn. 46, BKR 2015, 245; OLG Hamm, Urteil vom 31.07.2017 – 5 U 142/15, Rn. 130; LG Dortmund, Urteil vom 10.02.2017 – 3 O 89/16, juris Rn. 31, BKR 2017, 257; anderer Auffassung dagegen OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 10.01.2018 – 17 U 134/17, juris Rn. 48, BB 2018, 514 (Ls.); OLG Hamm, Urteil vom 14.11.2017 – 19 U 21/17, juris Rn. 24).

c. Da die Grundsätze der Verwirkung auf den Prinzipien von Treu und Glauben fußen, setzt die Feststellung des Vorliegens des Umstandsmoments eine Bewertung aller im konkreten Einzelfall relevanten Umstände voraus (siehe BGH, Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 501/15, juris Rn. 40, BGHZ 211, 105; Urteil vom 12.07.2016 – XI ZR 564/15, juris Rn. 37, BGHZ 211, 123; Urteil vom 11.10.2016 – XI ZR 482/15, juris Rn. 30, BGHZ 212, 207; Urteil vom 21.02.2017 – XI ZR 381/16, juris Rn. 22, WM 2017, 806; Urteil vom 14.03.2017 – XI ZR 442/16, juris Rn. 27, WM 2017, 849; Urteil vom 16.05.2017 – XI ZR 586/15, juris Rn. 27, WM 2017, 1258; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 27, WM 2018, 614). Auch in Fällen, in denen die Beendigung des Darlehensvertrags auf einen Wunsch des Verbrauchers zurückgeht bzw. in denen die Parteien den Darlehensvertrag einverständlich beendet haben, begründet dies mithin nicht eine Vermutung für das Vorliegen des Umstandsmoments (so aber OLG Frankfurt am Main, Beschluss vom 01.06.2017 – 3 U 13/17, juris Rn. 38; OLG Schleswig, Urteil vom 06.10.2016 – 5 U 72/16, juris Rn. 42, WM 2016, 2350), sondern es verbleibt bei der Notwendigkeit der Heranziehung und Bewertung aller relevanten Umstände des Einzelfalls (ausdrücklich gegen den Rückgriff auf Vermutungen in die-

sem Zusammenhang BGH, Urteil vom 11.10.2016 – XI ZR 482/15, juris Rn. 30, BGHZ 212, 207; siehe auch Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 14, WM 2018, 614; ebenso auch OLG Karlsruhe, Urteil vom 16.05.2017 – 17 U 81/16, juris Rn. 66, VuR 2018, 76 (Ls.)).

d. Im vorliegenden Fall ist auf der Grundlage einer Bewertung aller nach dem bisherigen Parteivorbringen ersichtlichen relevanten Umstände nach diesen Maßgaben nach Auffassung des Senats auch das Vorliegen des Umstandsmoments im Rahmen der Verwirkung zu bejahen.

aa. Das Darlehen ist vom Kläger am 28.11.2014 auf seinen Wunsch vorzeitig abgelöst worden; diesem Umstand ist nach der vorstehend zitierten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in besonderem Maße eine Bedeutung für die Annahme des Vorliegens des Umstandsmoments zuzumessen; der Bundesgerichtshof spricht insoweit kurz von einem maßgeblichen Gewicht (siehe insbesondere BGH, Urteil vom 12.09.2017 – XI ZR 365/16, juris Rn. 8, WM 2017, 2146).

bb. Zudem sind von der Beklagten nach der vorzeitigen Ablösung des Darlehens durch den Kläger die für das Darlehen bestehenden Sicherheiten aufgegeben worden; nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist hierin ein Umstand zu erkennen, der eine im Vertrauen auf die Nichtausübung erfolgende Vermögensdisposition des Darlehensgebers belegen kann (siehe BGH, Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 20, WM 2018, 614; Beschluss vom 07.03.2018 – XI ZR 298/17, juris o. Rn.; ebenso KG Berlin, Urteil vom 27.03.2017 – 8 U 87/16, juris Rn. 15, WM 2017, 1298; OLG Frankfurt am Main, Beschluss vom 10.01.2018 – 3 U 70/16, juris Rn. 25; Beschluss vom 23.02.2018 – 3 U 39/17, juris Rn. 20; LG Hamburg, Urteil vom 02.03.2017 – 319 O 53/16, juris Rn. 35; anders dagegen noch OLG Karlsruhe, Urteil vom 16.05.2017 – 17 U 81/16, juris Rn. 61, VuR 2018, 76 (Ls.); Urteil vom 09.01.2018 – 17 U 219/15, juris Rn. 58, ZIP 2018, 467; Urteil vom 09.01.2018 – 17 U 183/16, juris Rn. 57, WM 2018, 622; OLG Köln, Urteil vom 30.01.2018 – 4 U 34/17, juris Rn. 43).

cc. Es ist auch nicht das Darlehensverhältnis zwischen Kläger und Beklagter nach Beendigung des streitgegenständlichen Darlehensvertrags fortgesetzt worden: Damit liegt gerade eine Situation vor, in der die Beklagte das Darlehensverhältnis insgesamt als abgewickelt und beendet ansehen durfte, weswegen eine Nachbelehrung als nicht sinnvoll erscheinen konnte – dies unterscheidet die vorliegende Konstellation von Fällen einer bloßen vertraglichen Konditionenänderung oder einer Prolongation der ursprünglichen Darlehensvereinbarung, bei der nach Auffassung des Senats (so auch

BGH, Urteil vom 17.10.2006 – XI ZR 205/05, juris Rn. 25, WM 2007, 114; ebenso OLG Schleswig, Urteil vom 06.10.2016 – 5 U 72/16, juris Rn. 39, WM 2016, 2350; Urteil vom 23.02.2017 – 5 U 171/16, juris Rn. 29, WM 2017, 1304; anderer Auffassung dagegen OLG Frankfurt am Main, Beschluss vom 16.02.2017 – 3 U 185/15, juris Rn. 58; OLG Koblenz, Urteil vom 14.10.2016 – 8 U 1038/15, juris Rn. 95, BKR 2017, 78; LG Bonn, Urteil vom 02.06.2017 – 3 O 519/16, juris Rn. 22; LG Dortmund, Urteil vom 09.06.2017 – 3 O 119/16, juris Rn. 24, BKR 2017, 338; LG Düsseldorf, Urteil vom 07.04.2017 – 8 O 573/15, juris Rn. 28; LG Frankfurt am Main, Urteil vom 05.03.2018 – 2-05 O 338/17, juris Rn. 59) der Darlehensgeber grundsätzlich nicht in gleichem Maße davon ausgehen könnte, dass ein Widerruf der auf den ursprünglichen Vertrag gerichteten Erklärung des Verbrauchers nicht mehr erfolgt (für einen Ausnahmefall, in dem die Prolongation mit einer auf das gesamte Darlehensverhältnis bezogenen Nachbelehrung einherging, siehe dagegen OLG Frankfurt am Main, Beschluss vom 02.01.2018 – 3 U 78/17, juris Rn. 38).

dd. Als weiterer Faktor im Rahmen des Umstandsmoments zu berücksichtigen ist zudem, dass der Kläger zwischen der Ablösung des Darlehens am 28.11.2014 und der Erklärung des Widerrufs am 27.06.2016 einen Zeitraum von über eineinhalb Jahren hat verstreichen lassen. Zwar ist, wie vorstehend bereits ausgeführt wurde, für die Berechnung des Zeitmoments auf den Gesamt-Zeitablauf zwischen Abschluss des Darlehensvertrags und Widerrufserklärung abzustellen (daher ist nicht der Auffassung zu folgen, dass seit der Ablösung des Darlehens eine Zeit von mehr als drei Jahren verstrichen sein müsste, damit eine Verwirkung in Betracht käme, so aber OLG Karlsruhe, Urteil vom 16.05.2017 – 17 U 81/16, juris Rn. 63, VuR 2018, 76 (Ls.); LG Aachen, Urteil vom 14.02.2017 – 10 O 311/16, juris Rn. 40). Der weitere Zeitablauf zwischen Ablösung und Widerruf gewinnt aber selbständige Bedeutung im Rahmen des Umstandsmoments (so auch BGH, Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 14, WM 2018, 614; ebenso ferner Hanseatisches OLG in Bremen, Urteil vom 26.02.2016 – 2 U 92/15, juris Rn. 34; OLG Düsseldorf, Urteil vom 21.07.2017 – 9 U 13/17, juris Rn. 28; OLG Frankfurt am Main, Beschluss vom 14.12.2016 – 19 U 13/16, juris Rn. 30; Beschluss vom 01.06.2017 – 3 U 13/17, juris Rn. 38; Beschluss vom 10.01.2018 – 3 U 70/16, juris Rn. 25; Beschluss vom 23.02.2018 – 3 U 39/17, juris Rn. 20; OLG Hamm, Urteil vom 28.04.2017 – 19 U 123/16, Rn. 23; Beschluss vom 21.07.2017 – 19 U 121/17, Rn. 22; Urteil vom 14.11.2017 – 19 U 21/17, juris Rn. 27; OLG Schleswig, Urteil vom 06.10.2016 – 5 U 72/16, juris Rn. 41, WM 2016, 2350; Urteil vom 23.02.2017 – 5 U 171/16, juris Rn. 30, WM 2017, 1304; LG Dortmund, Ur-

teil vom 10.02.2017 – 3 O 89/16, juris Rn. 31, BKR 2017, 257; Urteil vom 24.03.2017 – 3 O 78/16, juris Rn. 39, BKR 2017, 298; die Bedeutung dieses Zeitablaufs betonend auch die bereits zitierte Rspr. OLG Köln, Beschluss vom 20.07.2017 – 12 U 41/17, juris Rn. 7; Beschluss vom 27.11.2017 – 12 U 179/17, juris Rn. 9): Der durch die auf Wunsch des Darlehensnehmers erfolgte Darlehensablösung geschaffene Vertrauens- tatbestand beim Darlehensgeber, dass der Darlehensnehmer sein Widerrufsrecht nicht ausüben wird, wird mit zunehmenden Zeitablauf seit der Ablösung weiter ver- stärkt, weil der Darlehensnehmer dann umso weniger damit rechnen muss, dass noch eine Widerrufserklärung erfolgen könnte.

ee. Weitere relevante Faktoren des vorliegenden konkreten Falls, die im Rahmen der einzelfallbezogenen Bewertung des Umstandsmoments heranzuziehen sein könnten, sind auf der Grundlage des bisherigen Vorbringens der Parteien nicht ersichtlich. Eine Gesamtwürdigung der vorstehend genannten Faktoren ergibt nach Auffassung des Senats, dass insgesamt von einem schützenswerten Vertrauen der Beklagten in die Nichtausübung des Widerrufsrechts durch den Kläger auszugehen ist. Maßgebende Bedeutung kommt dabei in erster Linie dem Faktor der auf Wunsch des Klägers er- folgten vorzeitigen Ablösung des Darlehens zu; verstärkt wird dieses Umstandsmo- ment – wie es vorliegend auch wegen des vergleichsweise kurzen Zeitablaufs im Rahmen des Zeitmoments geboten ist – sodann durch die weiteren Faktoren der Freigabe von Sicherheiten sowie insbesondere auch durch den erheblichen Zeitablauf zwischen Ablösung des Darlehens und späterer Widerrufserklärung, der das Vertrau- en der Beklagten darin, dass es zu einer Ausübung des Widerrufsrechts nicht mehr kommen würde, erheblich verstärken konnte.

5. Der Senat beabsichtigt, gemäß § 522 Abs. 2 ZPO durch Beschluss statt durch Ur- teil zu entscheiden, da die Rechtssache weder grundsätzliche Bedeutung hat noch die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung durch Urteil erfordern. Der Bundesgerichtshof hat bereits ent- schieden, dass die Anwendung der Grundsätze der Verwirkung bei Verbraucher- Darlehensverträgen auch im Hinblick auf ein mögliches anderweitiges Verständnis der Anforderungen an das Umstandsmoment in Konstellationen anderer Vertrags- oder sonstiger Rechtsverhältnisse keine Herbeiführung einer Entscheidung des Gro- ßen Senats für Zivilsachen beim Bundesgerichtshof nach § 132 GVG bedarf (siehe BGH, Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 22, WM 2018, 614), da nach ständiger höchstrichterlicher Rechtsprechung an das Umstandsmoment je nach in Rede stehendem Recht oder Anspruch unterschiedliche Anforderungen zu stellen

sind (vgl. BGH, Urteil vom 19.12.2000 – X ZR 150/98, juris Rn. 48, BGHZ 146, 217; Urteil vom 06.02.2014 – I ZR 86/12, juris Rn. 50, NJW 2014, 1888; Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 22, WM 2018, 614). Hinsichtlich der Anwendung der vorstehend zusammengefassten Grundsätze der Verwirkung bei Verbraucher-Darlehensverträgen als solcher hat der Bundesgerichtshof seine höchstrichterliche Rechtsprechung bereits unlängst als nicht fortentwicklungsbedürftig bezeichnet (siehe BGH, Beschluss vom 23.01.2018 – XI ZR 298/17, juris Rn. 28, WM 2018, 614).

Dem Kläger wird Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb der im Tenor genannten Frist gegeben. Es wird darauf hingewiesen, dass bei Rücknahme der Berufung Gerichtsgebühren gespart werden können (Ermäßigung der Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen gemäß Nr. 1220, 1222 KV von 4,0 auf 2,0).

gez. Dr. Schromek

gez. Dr. Böger

gez. Dr. Kramer